

Präs.: 15. Juni 1972

No. 534/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BLENK, Stöhs, Hagspiel
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Finanzen
betreffend geplante Aufhebung der Steueraufsichtsstelle Dorn-
birn.

Es ist bekannt, daß nach einem jüngeren Erlaß des Bundesmini-
steriums für Finanzen die Aufhebung der Steueraufsichtsstellen
vorgesehen ist. Im Bereiche der Finanzlandesdirektion Vorarl-
berg bestehen derzeit nur noch drei derartige Ämter, wovon die
Steueraufsichtsstelle Dornbirn zweifellos eine besondere Funk-
tion erfüllt. Es sei daran erinnert, daß Dornbirn als die mit
Abstand größte Stadt des Bundeslandes Vorarlberg, gleichzeitig
auch den bevölkerungs- und industriedichtesten Bezirk des Lan-
des repräsentiert.

Die Steueraufsichtsstelle Dornbirn hatte seit Jahren zusätzlich
zu den eigentlichen Aufgaben auch die höchst verdienstvolle und
verdankte Aufgabe der Regelung und Eintragung der Sonderausga-
ben für unselbständig Erwerbstätige übernommen. Allein in Dorn-
birn wohnen 11.500 Arbeiter und Angestellte, wie in den beiden
Nachbargemeinden des Bezirkes Hohenems und Dornbirn zusammen
nicht viel weniger.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat im Laufe der vergange-
nen Jahre immer wieder mit Nachdruck darauf verwiesen, daß die
Finanzbehörden ihre Aufgabe verstärkt als Serviceleistungen ~~in~~ für
die Bevölkerung auffassen, - daß es ein wesentliches Bestreben
sei, den Kontakt zwischen Steuerbehörde und Staatsbürger zu ver-
bessern und erleichtern. Die Aufhebung der Steueraufsichtsstelle

Dornbirn und insbesondere die Auffassung ihrer Sonderfunktion bezüglich der Sonderausgaben für Unselbständige liefere diesem Bestreben absolut zuwider.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e :

- 1.) Werden Sie dafür Sorge tragen, daß die Steueraufsichtsstelle Dornbirn insbesondere ⁱⁿ ihrer langjährigen Funktion als Dienststelle für die Probleme der Sonderausgaben für Unselbständige erhalten bleibt?
- 2.) Wenn dies nicht möglich ist, in welcher anderer Weise werden Sie verhindern, daß es für die vielen tausende von Arbeitnehmern möglich bleibt, ihre Lohnsteuerprobleme (Sonderausgaben) ohne zusätzliche, kaum zumutbare Erschwerung weiterhin in Dornbirn gewahrt zu sehen?